



Antrag der Fraktion DIE LINKE/Grüne

Sicherstellung des Deutschland-Tickets für Schülerinnen und Schüler im Landkreis

Der Kreistag möge beschließen:

1. **Kurzfristig** (ab 01.01.2026): Der Landkreis stellt sicher, dass weiterhin alle Schülerinnen und Schüler, die einen Anspruch nach § 71 Abs. 2 SchulG LSA haben ab Tarifzone 4 ein Deutschland-Ticket erhalten, auch wenn der Preis des Deutschland-Tickets über 60 € steigt.
2. **Mittelfristig**: Der Landkreis ermöglicht die Nutzung des Deutschland-Tickets für diese Schülerinnen und Schüler auch während der Sommerferien.
3. **Langfristig**: Der Landkreis erweitert die Berechtigung für das Deutschland-Ticket auf alle Schülerinnen und Schüler weiterführender Schulen.

Begründung:

Bis Ende 2024 wurden alle Schülermonatskarten ab Tarifstufe 3 (49,50 Euro im Monat) als Deutschland-Ticket ausgegeben. Durch die Erhöhung des Ticketpreises ab 2025 wurden die Karten erst ab Tarifstufe 4 (60,00 Euro im Monat) ausgegeben.

Eine Anfrage unserer Fraktion im Frühjahr 2025 ergab, dass mit der Erhöhung des Ticketpreises auf 60 € dieser Anspruch für 1.079 Schülerinnen und Schüler, die zuvor vom Deutschland-Ticket profitiert hatten, ab Januar 2025 entfiel.

Die Bereitstellung des Tickets orientiert sich also nicht am Mobilitätsgedanken junger Menschen, sondern am Geld: Nur wenn die Beförderung für den Schulweg teurer ist als das Deutschland-Ticket, wird stattdessen dieses ausgegeben. Ab Januar 2026 ist nun mit einer weiteren Preiserhöhung zu rechnen. Diesmal auf 63€. Es steht zu befürchten, dass dann nur noch Schülerinnen und Schüler ab Tarifzone 5 ein

Deutschland-Ticket erhalten. Der Kreis der Berechtigten würde sich damit erneut erheblich verringern.

Das Deutschland-Ticket bietet Schülerinnen und Schülern nicht nur die Möglichkeit zur kostengünstigen Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs für den Schulweg, sondern auch für Freizeit- und Vereinsaktivitäten. Gerade im ländlichen Raum trägt es damit wesentlich zur Mobilität junger Menschen, zur Entlastung der Familienbudgets sowie zur Attraktivität des ÖPNV bei.

Mit dem vorgeschlagenen Stufenmodell (kurzfristige Sicherung ab Zone 4, mittelfristige Ausweitung auf alle Schülerinnen und Schüler der weiterführenden Schulen, langfristige Geltung auch in den Sommerferien) wird eine verlässliche, gerechte und zukunftsorientierte Lösung geschaffen.

Finanzierungsvorschlag:

Die entstehenden Mehrkosten sollen durch die zu erwartenden Einsparungen im ÖPNV aus dem Ausbau des On-Demand-Verkehrs sukzessive kompensiert werden.

Somit entsteht eine tragfähige und nachhaltige Lösung, die sowohl sozialpolitischen als auch verkehrspolitischen Zielen entspricht.

Im Namen der Fraktion DIE LINKE/Grüne

Kathrin Gantz

Fraktionsvorsitzende